



ERSCHWERNISZULAGENVERORDNUNG

GdP fordert endlich Beteiligung der Gewerkschaften!

Ohne bisherige Beteiligung der Gewerkschaften erklärte Senator Grote auf der Sitzung des Innenausschusses zur „Steigerung der Attraktivität des Schichtdienstes“ am 3. Mai 2016 – „Änderung der Erschwerniszulagenverordnung“: „Das Modell wird so umgesetzt!“

Der Senator will die Neuregelung durch den Wegfall der Wechselschichtzulage gegenfinanzieren (ca. 2 Mio. €) und mit dem Einwerben von zusätzlichen 1,7 Mio € in der 1. Stufe und 2 Mio € in der 2. Stufe bei der Finanzbehörde finanziell untermauern. Zusammenfassend stellte Senator Grote die Rahmenbedingungen vor:

- Durchschnittlich mehr monatliche DuZ; 25% in der 1. Stufe (2017) und bis 40% in der 2. Stufe (2019).
- Profitieren werde derjenige, der den entsprechenden Dienst tatsächlich leiste.
- Wer mehr als 25 Stunden Dienste zu ungünstigen Zeiten leiste, werde in die „Gewinnzone“ gelangen.
- Bislang keine Beratungen PR und Gewerkschaften.
- Überlegung für Feuerwehr schwierig, da andere Strukturen im Schichtdienst.
- Zunächst akuter Handlungsbedarf bei der Polizei.
- Bedarf und Volumen seien der Finanzbehörde bekannt, er sei angemeldet. Gespräche seien bereits so fortgeschritten, dass man von der Umsetzung ausgehen könne.
- Finanzielle Rahmenbedingungen gäben nicht mehr Spielraum her, „wir bewegen uns in einer guten Richtung im Bundesvergleich“. Ein sehr großer Schritt werde hier gegangen.

Dazu Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP Hamburg, unmittelbar nach der Sitzung des Innenausschusses: „Es ist mindestens befremdlich, dass der Innensenator

im Innenausschuss vollendete Tatsachen schaffen möchte, ohne zuvor mit den Gewerkschaften gesprochen zu haben. Ein an sich schwerer taktischer Fehler, der aber durch die sofortige Aufnahme der Gespräche vielleicht noch geheilt werden kann. Es sind nämlich noch wichtige Fragen offen.

- Was ist z. B. mit einem Sockelbetrag der Wechselschichtzulage – wer genau wird verlieren?
 - Was passiert bei Abwesenheiten durch Dienstunfälle oder Erkrankungen – warum soll es keine Fortzahlung geben?
 - Wie geht man mit ständig wechselnden Dienstzeiten der geschlossenen Einheiten um? In diesem Zusammenhang wird die GdP eine Regelung („Bereitschaftspolizeizulage“ – s. a. Bayern) vorschlagen.
 - AAH-Aufrufe – wie geht man mit entgangenen DuZ um?
 - AAH-Aufrufe belasten nicht nur die Kolleginnen und Kollegen bis zur Weißglut – sie dürfen Kolleginnen und Kollegen nicht auch noch was kosten!
- Es ist nach meiner Bewertung eine gewagte Annahme, mit dem Vorschlag des Senators eine Trendwende hin zum Kernvollzug zu erwarten. Es ist nämlich ganz einfach: Es gibt einfach nicht genug Polizeibeamte in Hamburg. Wie sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Innenausschuss: „... nach oben sind keine Grenzen gesetzt!“ Wenn das so ist, dann los – aber dann mit uns.“

Was soll lt. Senator Grote umgesetzt werden:

Zum besseren Verständnis hier zunächst die alte Regelung:

Sonn- und Feiertage:
3,26 €/Std.

Samstag – Spätdienst:
0,77 €/Std

Nachtdienste:
1,28 €/Std.

Wechselschichtzulagen:
51,13 €/30,68 €/23,01 €/17,90 €

**Vorschlag Innensenator:
Sonn- und Feiertag und sonstige Nachtdienste (20 Uhr bis 6 Uhr):**
Ab 1. Januar 2017: 3,26 €/Std.
Ab 1. Januar 2019: 3,50 €/Std.

Freitag- und Samstag Nachtdienste (20 Uhr bis 6 Uhr):
Ab 1. Januar 2017: 4,00 €/Std.
Ab 1. Januar 2019: 4,50 €/Std.
Grundsätzlich steuerfrei
Aber: Wegfall der Schichtzulagen!

Jörn Clasen



Einige Kommentare zur DuZ-Erhöhung auf facebook



Politische Sprachlosigkeit – Warum?

Die Erhöhung der Erschwerniszulage soll kommen. Sie soll unter Wegfall der Wechselschichtzulage in zwei Stufen bis 2019 umgesetzt werden. Insgesamt grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Die GdP lässt sich aber nicht „Nörgelei“ vorwerfen, wir stehen und sind immer für offizielle Gespräche bereit – von politischer Seite sind aber keine mit uns geführt worden. Vielleicht hat es Hintergrundgespräche mit anderen gegeben, diese sind aber dann transparent zu machen – wenn man nicht den Eindruck der Hinterzimmerkungelei erwecken will. Als GdP haben wir zu den Details der vom Innensenator in „Basta“-Manier vorgetragenen Neuregelung

noch Fragen. Die GdP ist für jede Verbesserung der gegenwärtigen Situation diskussionsbereit – daher ist das Ausschließen der Gewerkschaften für das künftige Miteinander nicht hilfreich. Es ist im Grunde genommen wie bei Tarifverhandlungen – da spricht man auch miteinander und

kommt am Ende zu einer tragfähigen Lösung – die vielleicht nicht jedem gefällt, aber doch eine allgemeine Verbesserung nach sich zieht. Die GdP verkennt nicht, dass sich der Innensenator politischen und finanziellen Rahmenbedingungen ausgesetzt sieht, die er überwinden muss. Wir unterstellen ihm nicht, dass er nicht den Willen hat, die Situation insgesamt – von der Ausrüstungsproblematik über die Beförderungsfrage bis hin zur Nachwuchsproblematik – anzupacken. Er sollte deshalb das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen, um sich auch deren Unterstützung in wichtigen Einzelfragen zu sichern. Eine Politik von oben herab – wie auch die vergangenen Jahrzehnte beweisen – ist der falsche Weg. Die GdP nörgelt nicht, denn sie ist u. a. zur konstruktiven Zusammenarbeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen da. Politische Sprachlosigkeit hilft niemandem – nicht dem Senator, nicht den Gewerkschaften und erst recht nicht den Kolleginnen und Kollegen. Deshalb Herr Senator: Schluss mit der politischen Sprachlosigkeit – versuchen wir, neu anzufangen. Wir sind dazu bereit – für unsere Hamburger Polizei.



Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender GdP Hamburg

Gerhard Kirsch



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

EINSATZBETREUUNG 1. MAI





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg



Seien Sie dabei!

Michael Prützel und Lutz Müller begleiten unsere **zweite Ski-Gruppenreise** nach Sautens vom **03.02.–10.02.2017**.

Sie steigen in Hamburg in die **Airberlin** und fliegen gemeinsam nach Innsbruck. Dort erwartet Sie schon der Bus für den **gemeinsamen Transfer**. In Sautens übernachten Sie 7 mal im **Öztalerhof** der Familie Strigl inkl. Frühstücksbuffet. Die Doppelzimmer sind alle mit Dusche/WC, LCD Flachbild TV, Zimmersafe, W-Lan und Balkon ausgestattet.

Den **6-Tage Super-Schipass** (2mal Sölden inkl. Gletscher und 4mal Hochötz inkl. Kühtai) gibt es dazu.

Am Samstag, den 04.02.2017 gehen Sie gemeinsam in den Gasthof Hotel Post und genießen das **Bauernbuffet inkl. einem Cocktail** und am Mittwoch feiern Sie **Bergfest** in der Pension mit Musik und kaltem Buffet.

Diese gesamte Reise erhalten Sie für den Preis von

€ 827,00 im Doppelzimmer oder

€ 872,00 im Einzelzimmer.

Interesse?

Dann melden Sie sich schnell bei uns:

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg

Tel.: 0 40/28 08 96 23 Fax: 0 40/28 08 96 27

E-mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de



Steht die Jugendhaftanstalt Hahnöfersand bald leer?

Hamburg und Schleswig-Holstein prüfen, ob sie im Bereich des Strafvollzugs enger zusammenarbeiten können. Es geht um die Verlagerung des Jugendstrafvollzuges nach SH und die Übernahme des Frauenvollzuges für SH in Hamburg-Billwerder.

Justizsenator Dr. Steffen gibt an, dass Hahnöfersand für einen zwei-stelligen Millionenbetrag saniert werden muss. Er verschweigt nur zur gern, dass HH das Frauenhafthaus auf Hahnöfersand leer stehen lässt, obwohl es erst vor einigen Jahren mit Millionen von Steuergeldern gebaut wurde. Sicherlich gibt es aufgrund der fehlenden Investitionen der ver-



Foto: Westphal

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
 Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de

gangenen Jahre auch Sanierungsbedarfe, diese dürften den Steuerzahler aber weit günstiger kommen als die Kooperation mit Schleswig-Holstein. Nur der Prüfauftrag, ob eine Zusammenarbeit sinnvoll wäre, kostet mehrere Millionen Euro. Geld, mit dem Hahnöfersand schon runderneuert werden könnte. Die neue starke Gruppe der GdP im Justizvollzug Hamburg ist für den Erhalt von Hahnöfersand. Dieter Westphal, GdP-Landesleiter für den Justizvollzug: „Hahnöfersand ist bundesweit seit 1913 für seinen Jugendstrafvollzug als vorbildlich bekannt. Eine Justizvollzugsanstalt mit so einem guten Ruf zu schließen, weil Herr Dr. Steffen in seiner ersten Amtszeit bei der Ausbildung von neuen Kollegen gespart hat, ist kaum zu glauben.“ Es besteht zumindest noch die Hoffnung, dass in SH rechtzeitig erkannt wird, dass dieses Vorhaben nur Nachteile bringen wird.

Dieter Westphal,
 Mitglied im Personalrat
 Justizvollzugsanstalten Hamburg,
 Kommissionsleiter Justizvollzug



WELTSTADTANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Wo ist die Provinz?

Angesichts der ausufernden Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei, die seit Jahren Hand in Hand mit der Personalnot einhergehen und verschärft werden, schauen wir auf unsere schleswig-holsteinischen Nachbarn.

Dort geht es solide voran, ob es die Einführung des Eingangsamtes A 8 oder die Überziehweste oder eine annähernd akzeptable Lösung bei der Erhöhung der Erschwerniszulagen ist. In Hamburg entsteht zunehmend der Eindruck, dass der Großmanns-sucht mit Weltgeltungsanspruch der Vorrang vor den ganz konkreten und politisch offenbar viel zu langweiligen Bedürfnissen der Kolleginnen und Kollegen eingeräumt wird. Erst eine Olympiabewerbung und jetzt – entgegen der jahrelang praktizierten

Konsequenzen aus den Erfahrungen vom G8-Treffen in Genua 2001 – OSZE- und G20-Gipfel in einer Millionenstadt, die unkalkulierbare Sicherheitsrisiken beinhalten, gigantische Aufwände und immense Kosten verursachen werden. Und für die, die diese Sicherheitsrisiken abwenden sollen, was passiert dort? Keinen Cent hat man offenbar für die Hamburger Polizeibeamtinnen und -beamten und für die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen übrig! Um jeden Cent muss gebettelt werden, während andere Länder in der Bundesrepublik vormachen, wie es geht! Das ist für uns der Gipfel – nämlich der Zumutung. Es wird zu nie dagewesenen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen kommen und das in einer Zeit, in der die Polizei immer wieder für die Entscheidungen der Politik in die Bresche springen muss und mit äußerster Mühe und Not die

Herausforderungen (noch) bewältigt. Dazu Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP: „Ich stelle die konkrete Frage, was denn für meine Kolleginnen und Kolleginnen getan wird? Darauf erwarte ich endlich auch konkrete Antworten. Nichts oder ein warmes Dankeschön sind zu wenig! Es darf auch gerne mal aus den oberen Regalen sein! Galileo Galilei soll einmal in Bezug auf die Erde gesagt haben: Und sie bewegt sich doch! Würde man dies auf die Hamburger Innenpolitik beziehen, könnte man das nach meiner Auffassung leider (noch) nicht behaupten. Weltstadtanspruch und Wirklichkeit sind in Bezug auf die Lösung der Probleme in der Polizei Hamburg nicht im Einklang. Die ‚Grote‘ Hoffnung auf Bewegung bleibt – dann aber endlich konstruktiv in die richtige Richtung und nicht nur im Kreis!“

Jörn Clasen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Freunde und Helfer. So wie unsere Kolleginnen und Kollegen jeden Tag ihren Einsatz leisten für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, so kümmern sich die Kolleginnen und Kollegen des ACE um den Schutz und die schnelle Hilfe wenn es mal kracht. Dazu ein Service, der das einzelne Mitglied, aber auch die Verantwortung für das Ganze im Blick hat. Für das tägliche mobile Leben ist der ACE Auto Club Europa „Helfer für seine Mitglieder und ihre Familien“.



Von den DGB-Gewerkschaften vor fast 50 Jahren gegründet, ist er heute ein Rund-um-die-Uhr-Dienstleister, wenn auf der Fahrt zur Arbeit, in der Freizeit oder auf der großen Urlaubsreise Probleme gelöst werden müssen. Jedes Jahr über 100.000 Mal im Einsatz. Von der Pannenhilfe vor der Haustüre in Altona bis zum Krankenrücktransport aus Athen.

Für gewerkschaftliche Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität kämpft der ACE in der Verkehrswelt. Dazu gehören der Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer, wie Kinder und Senioren, die bezahlbare Mobilität für alle, der Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder das gleichberechtigte Miteinander aller Verkehrsträger. Und die Verkehrssicherheit mit dem Ziel Vision Zero: Keiner kommt um. Alle kommen an.

Gemeinsam haben GdP und ACE für unsere Kolleginnen und Kollegen ein Leistungspaket geschnürt. Meine herzliche Bitte: Prüft unser Angebot. Passt es zu euch, dann nutzt es.“

Gerhard Kirsch

Gerhard Kirsch
Landesvorsitzender der GdP Hamburg
ACE-Mitglied

Gute Gründe für den ACE

- Wir schützen Sie, Ihren Ehe- oder Lebenspartner und Ihre Kinder.
- Pannenhilfe und Unfallhilfe für alle Fahrzeuge in der Familie.
- Schutz in ganz Europa und in allen Ländern rund ums Mittelmeer.
- Hilfe auch bei Reisen mit Bus, Bahn oder Flugzeug: Krankenrücktransport, ärztliche Betreuung, Arzneimittelversand, Heimholung Ihrer Kinder.
- Kostenlose Erstauskunft in Verkehrsrechts-Angelegenheiten, Beihilfe bei Marderbiss, Glasbruch oder Wildschaden und viele weitere Leistungen.



Jetzt Starterpaket mit GdP-Bonus sichern!

Hilfeleistungen im In- und Ausland

ab Garage oder Haustür

- Pannenhilfe und Unfallhilfe am Schadensort
- Bergen des Fahrzeugs
- Abschleppen des Fahrzeugs

ab 50 km Entfernung vom Wohnsitz

- Weiter- oder Rückfahrt nach Fahrzeugausfall
- Mietwagen nach Fahrzeugausfall
- Übernachtung nach Fahrzeugausfall
- Fahrzeugunterstellung nach Fahrzeugausfall
- Rückholung von Kindern
- Fahrzeugabholung nach Fahrerabfall
- Kostenerstattung für Krankenbesuch
- Rückfahrkosten nach Krankenhausaufenthalt
- Krankenrücktransport

Zusätzliche Hilfeleistungen im Ausland

- Ersatzteilversand
- Fahrzeugrücktransport nach Fahrzeugausfall
- Fahrzeugverzollung und -verschrottung
- Vermittlung ärztlicher Betreuung
- Arzneimittelversand
- Hilfe im Todesfall

Finanzielle Hilfen

- Ersatz von Reisedokumenten und Zahlungsmitteln
- Kredithilfe im Ausland
- Kostenerstattung bei Reiseabbruch
- Übernahme Mietwagenzusatzgebühren
- Beihilfe bei Glasbruchschaden
- Beihilfe bei Wildschäden
- Beihilfe nach Marderbiss

ACE-Notfall-App



Kostenlos downloaden:
im Apple Store oder bei
Google Play (Android)
ACE Auto Club Europa e. V.



Für alle GdP Mitglieder: 12 Monate beitragsfrei. Jetzt einsteigen: www.ace-online.de/gdp



AG „Beihilfe“ – volles Haus!

Seit Längerem liegt dieses Thema, die Beihilfe und deren Bearbeitungszeiten, der GdP und seinen Mitgliedern am „Herzen“. Hier hat die GdP in den letzten Jahren immer wieder intensive Gespräche gemeinsam mit dem DGB und dem Personalamt sowie der ZPD geführt. Wir berichten mehrfach in der „DP“ (Deutsche Polizei) zu diesem Thema seit 2012.

So konnten besonders kritische Fälle bevorzugt abgearbeitet werden, und auf Initiative der GdP hat sich beim DGB eine Arbeitsgruppe „Beihilfe“ mit den Einzelgewerkschaften GEW, ver.di und der GdP Anfang des Jahres 2015 gebildet. Ein Ergebnis der AG „Beihilfe“ war, umgehend Informationsveranstaltungen für die interessierten und betroffenen Beihilfeberechtigten/Versorgungsempfänger abzuhalten, die dann am 13. Oktober 2015 im „Curio Haus“ für die Versorgungsempfänger begann. Das Interesse war so groß, dass die Teilnehmer der AG Beihilfe beschlossen, im Frühjahr 2016 weitere Veranstaltungen durchzuführen. Eine weitere fand dann am 11. April für die „aktiven Kolleginnen und Kollegen“ und am 3. Mai eine zweite für die Versorgungsempfänger statt.

Die im Vortrag vorgestellte Powerpoint-Präsentation stellte Herr Lindhof den Gewerkschaften zur Verfügung, die in der jeweiligen Homepage der Gewerkschaften eingestellt wird, wichtig dabei ist die deutliche Ver-

kürzung der Bearbeitungszeit seit 2012 auf unter zehn Werktagen. Die anschließenden Fragen aus dem großen Themenspektrum, welche aus dem Plenum kamen, wurden souverän und überwiegend zufriedenstellend durch Herrn Lindhof (ZPD), Frau Haupt (ZPD) und Herrn Böttcher (Personalamt) und den Gewerkschaftsvertretern beantwortet. Frau Haupt ging in dieser Veranstaltung auf die Krankenhausbehandlungen ein und thematisierte die Wahlleistungen. Hier sollte der Beihilfeberechtigte immer bei der Krankenhauseinweisung

guten Vortrag und die Beantwortung der vielen Fragen aus dem Plenum und hoffen nun, dass es mit der Einführung der „E-Beihilfe“ in 2017 zu einem schnelleren Bearbeitungsverfahren kommt. Ein weiterer Baustein, der zu einer schnelleren Bearbeitung führen wird, ist der digitale Posteingang ab dem Sommer 2016! Wir sahen aber auch, dass Herr Böttcher und Herr Lindhof unsere Wünsche und Forderungen, teils zustimmend, mit auf den Weg genommen haben. Um zu einer zukünftigen Verbesserung zu kommen, ist die Behördenlei-



Von links nach rechts: Herr Böttcher (Personalamt), Frau Haupt (ZPD), Herr Lindhof (ZPD), Kollege Schwede (DGB), Kollegin Rettmer (GEW) und Klaus-Peter Leiste (GdP)

darauf achten, dass die Wahlleistungen nicht gewünscht sind und dieses auch vermerken und unterschreiben! Dadurch können unerwünscht hohe Rechnungen vermieden werden, die am Ende beim Beihilfeberechtigten hängen bleibt und welche er nicht erstattet bekommt. Ferner sollte man bei der Wahl des Krankenhauses darauf achten, ob es nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz betrieben wird, denn sonst kann man auch auf einem Teil der Behandlungskosten sitzen bleiben. Empfehlenswert ist eine vorherige Nachfrage bei der ZPD. Die zweistündige informative Veranstaltung hat die Initiatoren der Veranstaltung bestärkt, dass wir in der AG „Beihilfe“ des DGB weiterarbeiten müssen, um zu einem besseren Ergebnis zu kommen, wie z. B. ein vereinfachtes Antragsverfahren, schnellere Bearbeitungszeiten und unser oberstes Ziel, die Einführung einer Beihilfekarte, ein verbesserter Service (Ansprechpartner/-innen) für die Beihilfeberechtigten und eine Krankenhaus-Direktabrechnung mit der ZPD! Wir danken der ZPD (Herrn Lindhof und Frau Haupt) und Herrn Böttcher (Personalamt) für den sehr

tung und die Politik gefordert. Die Veranstaltung hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und mit dieser Art der Veranstaltungen fortfahren werden.

**Klaus-Peter Leiste,
GdP-Mitglied AG „Beihilfe“ im DGB**

TAUSCHGESUCH

Wer möchte nach Bremen?

Hallo Kollege/Kollegin, mein Name ist Daniel, ich bin zurzeit Polizeikommissar und im Einsatzdienst in Bremen tätig. Private Gründe ziehen mich jedoch nach Hamburg, weshalb ich über diesen Weg einen Tauschpartner oder eine Tauschpartnerin suche.

Ein Ringtausch ist selbstverständlich auch möglich.

Wenn jemand Interesse hat oder jemanden kennt, dann bitte unter der Nummer 01 76/43 41 21 70 melden.

Freundliche Grüße aus Bremen

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene
Auftragsannahme



BERICHT

Mitgliederversammlung Senioren im April

Polizeimuseum vorgestellt

Der Leiter des Polizeimuseums in der Carl-Cohn-Straße 39, 22297 Hamburg, Herr Joachim Schulz, stellte uns in einem interessanten Referat die Entstehungsgeschichte des Museums dar. Zum einen geht es um die Darstellung der gesamten Polizeigeschichte aus dem 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, inklusive herausragender polizeilicher Ereignisse der Neuzeit, wie „Finaler Rettungsschuss“ am Steindamm, die „Honka-Morde“, der „Fall Pinzner“, der so-

nannte „Hamburger Kessel“, die „Reemstma-Entführung“, „Dagobert“, der „Fassmord“, und zum anderen gibt es weiter die nicht öffentliche Lehrmittelsammlung zur kriminalistischen Aus- und Fortbildung, inkl. Bibliothek, wissenschaftlich begleitet und mit neuester Museumsdidaktik. Alles lebt auch von den Ehrenamtlichen, gern auch von ehemaligen Polizisten, die z. T. auch als Zeitzeugen zur Verfügung stehen. Alle sind herzlich willkommen! Vielen Dank für die Einladung und den spannenden Vortrag an Joachim Schulz, Tel. 0 40/4 28 66 80 80.

Aktuelle Versicherungen für Ruheständler und Aktive

Ein ebenso interessanter Vortrag, gleich im Anschluss, mit unserer langjährigen treuen Seele, Irene Struyk (PVAG), brachte uns in einem ebenfalls lebendigen Vortrag die aktuellen Veränderungen im Versicherungsbereich nahe, insbesondere der Pflegeversicherung und ihrer Zusatzversicherungen. In dem Zusammenhang war das Thema „Patientenverfügung“ wieder von besonderer Bedeutung! Es lohnt sich immer wieder, sich über die Entwicklungen in diesem Bereich so charmant informieren zu lassen!

Vielen Dank, Irene!

Ulrich Grill-Kiefer,
Seniorenvorstand



Weitreichende Informationen auf facebook

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversamm- lungen Senioren

Die nächste Mitgliederversammlung findet nicht wie gewohnt am 2. Dienstag im Monat statt, sondern ausnahmsweise

am 22. Juni 2016, um 15 Uhr,

in dem Personalrestaurant des Polizeipräsidiums,

zu der wir unseren Innen- und Sportsenator Herrn Andy Grote eingeladen haben, der das Amt seines Vorgängers Herrn Michael Neumann am 20. Januar 2016 übernommen hat. Herr Grote leitete von April 2012 bis Januar 2016 das Bezirksamt Hamburg-Mitte. Wir hoffen, dass zu dieser Versammlung des FB Senioren wieder viele interessierte Mitglieder kommen und auch Fragen zu der aktuellen Innenpolitik dem Innensenator stellen! Diese Mitgliederversammlung wird dann auch die letzte vor der Sommerpause sein.

Klaus-Peter Leiste,
Fachbereich Senioren

